

# Stellungnahme zum Kreishaushalt 2011

-

## Stellungnahme des Vorsitzenden der CDU-Kreistagsfraktion, Toni Huber, zum Kreishaushalt 2011

---

---

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Landrat Bäuerle,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

im letzten Jahr habe ich an dieser Stelle erklärt, dass die CDU-Fraktion im Jahr 2011 keinem höheren Hebesatz zustimmen wird. Wir haben Wort gehalten. Der von Landrat Jürgen Bäuerle eingebrachte Haushalt sieht keine Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes vor und berücksichtigt auch unsere zweite Forderung, nämlich im Sinne einer Generationengerechtigkeit eine Rückführung der Verschuldung. Aufgrund der mittlerweile nochmals gestiegenen Schlüsselzuweisungen und der enormen Steigerung der Steuerkraftsumme für das Jahr 2012 gehen wir ohnedies davon aus, dass mittelfristig eine deutlich höhere Rückführung der Verschuldung möglich ist. Wir müssen den Haushalt weiterhin auf Sicht fahren. Regelmäßige Berichterstattungen seien wichtig. Auch in diesem Jahr sollte es unser Ziel sein, keine Nettoneuverschuldung zu erzeugen. Es gebe einige optimistische Anzeige, die uns auch hier einen Fingerzeig geben, dass dies erreichbar ist.

An dieser Stelle bereits ein Dankeschön an unseren Landrat, der mit seiner Verwaltung frühzeitig und zielgerichtet den Haushalt 2011 angegangen ist und durch die mehrfache Einbindung der Fraktionsvorsitzenden sich auch immer der Rückendeckung der Politik sicher sein konnte.

Dies war ein faires, transparentes und richtiges Verfahren, das zu keiner Zeit die Kreisräte außen vor ließ.

Die CDU-Fraktion hat sich beispielsweise schon Anfang Oktober 2010 intensiv in einer Sondersitzung mit dem Haushalt 2011 beschäftigt und dabei die oben genannten Ziele (keine Erhöhung der Kreisumlage, Rückführung der Verschuldung) formuliert. Die „schrägen Töne“ aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu dieser beispiellosen und gelungenen Einbindung der Politik in die Haushaltsplanung weise ich an dieser Stelle nochmals in aller Form zurück.

Durch die Verzögerung des Finanzausgleichs von 2 Jahren durchlebt der Landkreis Rastatt nun die volle Wucht der Finanz- und Wirtschaftskrise, die die Städte und Ge-

meinden im Jahr 2009 bereits erreicht hatte. Trotz prekärer Lage der Kommunen auch im Jahr 2010 waren wir im letzten Jahr bereit, den Kreisumlagehebesatz auf gleichem Niveau zu halten, was zu einer Rekordkreisumlage von nahezu 77 Millionen Euro geführt hat. Dies jedoch mit der klaren Maßgabe, dass der sich ergebende Überschuss aus dem Jahr 2010 dafür verwendet wird, dass auch im Jahr 2011 keine Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes notwendig wird.

Diese Atempause brauchen die Kommunen dringend, denn es kann nicht sein, dass sich der Kreis durch Schulden der Gemeinden finanziert. Die Forderung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, den Hebesatz der Kreisumlage zu erhöhen, lehnen wir in schärfster Form ab. Eine solche Forderung schwächt die Finanzkraft unserer Gemeinden und steht im Gegensatz zu der bisher praktizierten fairen Partnerschaft. Eine faire Partnerschaft ist keine Einbahnstraße, deshalb werden die CDU-Fraktion und die große Mehrheit dieses Kreistages den Landkreis und den Landrat auch in den folgenden Jahren nicht im Regen stehen lassen.

Der Haushalt 2011 ist ein Sparhaushalt. Die verwaltungsinternen Einsparungen von mehr als 5 Millionen Euro und das ehrliche Bemühen, den Vorgaben der Politik gerecht zu werden, sind lobenswert. Das von der CDU-Fraktion mit angestoßene Konzept „Landratsamt 2011“ und die damit erreichten Einsparungen von mehr als 3 Millionen Euro jährlich, gaben uns die notwendigen „Freiräume“, um in den finanziell guten letzten Jahren alleine über 20 Millionen Euro in den Bau und den Unterhalt unserer 15 kreiseigenen Schulen zu investieren.

Dass nun die Schulleitungen bereit waren, einen beträchtlichen Anteil zur Konsolidierung der Landkreisfinanzen beizutragen, werden wir nicht vergessen. Die zügige Fortführung der Planungen für den Werkstattneubau an der Josef-Durler-Schule ist uns deshalb auch ein großes Anliegen.

Ich denke, wir können stolz sein, dass nur sieben weitere Landkreise es vermutlich schaffen, ohne Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes auszukommen. Besonders stolz können wir jedoch darauf sein, dass trotz aller Sparbemühungen weder im freiwilligen noch im sozialen Bereich irgendwelche Strukturen zerschlagen werden mussten. Vielmehr können wir zufrieden sein, dass sich der Landkreis in Bereichen wie der Schulsozialarbeit, Jugendberufshelfer, psychologische Beratungsstelle, Frauenhaus, Pflegestützpunkt, Suchthilfe, HALT-Projekt usw. weit über das normale Maß hinaus engagiert. Bei der Suchtberatung halten wir es jedoch für notwendig, dass sich der Landkreis Rastatt und der Stadtkreis Baden-Baden stärker miteinander vernetzen. Nach dem Vorbild von Land- und Stadtkreis Karlsruhe sollte ein gemeinsames kommunales Suchthilfenetzwerk des Landkreises Rastatt und des Stadtkreises Baden-Baden das Ziel sein.

Die günstigere Ausgangslage des Landkreises Rastatt im Vergleich zu anderen Landkreisen basiert auf einer klugen Wirtschafts- und Strukturförderung, die im Landkreis beginnt und sich in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden fortsetzt. Im Gegensatz zu den GRÜNEN wollen wir deshalb in diesem Bereich auch keine Abstriche vornehmen. Wir stehen zu unserer Beteiligung am Baden-Airpark, der trotz Finanzkrise ein operatives Ergebnis von rund 5 Millionen Euro verzeichnen kann. Die kräftigen Investitionen in weitere Flugzeugabstellplätze und in die Erweiterung des Ankunftsgebäudes schaffen die Voraussetzungen für eine nachhaltige positive Entwicklung des Gewerbeparks mit Regionalflughafen. Der neuerliche Passagierrekord mit rund 1,2 Millionen Fluggästen macht deutlich, dass die Ostanbindung des Baden-Airparks für die Menschen in den Anlieger-Gemeinden erste Priorität haben muss. Unsere Fraktion wünscht deshalb, dass die Planfeststellung für den Autobahnanschluss Ende des Jahres 2011 auf den Weg gebracht werden kann. Ein herzlicher Dank gilt an dieser Stelle Geschäftsführer Manfred Jung und seinem Team für die gute Arbeit.

Wenn ich von erfolgreicher Strukturförderung rede, dann darf die Entwicklung unseres Klinikums Mittelbaden nicht unerwähnt bleiben. Während es in anderen Landkreisen (Rottweil, Freudenstadt) kräftig knirscht und in dieser schwierigen Zeit dort Millionen vom Landkreishaushalt zur Abdeckung des Klinikdefizits bereit gestellt werden müssen, geht das Klinikum Mittelbaden für das Geschäftsjahr 2011 von einem Bilanzgewinn inkl. der verbundenen Unternehmen von 2,3 Millionen Euro aus. Eine glückliche Sache, dass wir diesen Weg so gemeinsam gegangen sind. Der Betriebsübergang der Geriatrischen REHA-Klinik Gernsbach ist geschafft, nun können die weiteren Hausaufgaben angegangen werden. Mit dem in der mittelfristigen Finanzplanung bereit gestellten Zuschuss von 1,8 Millionen Euro zum Bau der zentralen Aufnahmestation am Kreiskrankenhaus Rastatt tragen wir zu einer weiteren Steigerung der Patientenzufriedenheit, der Qualität und der Effizienz des Klinikums bei.

Bereits im letzten Jahr haben wir uns an dieser Stelle für eine ausreichende Arztversorgung im ländlichen Raum ausgesprochen. Bei einer von uns initiierten Veranstaltung zu diesem Thema wurde den zahlreich anwesenden Medizinern das Aktionsprogramm der Landesregierung zur Sicherung der flächendeckenden ambulanten Arztversorgung vorgestellt.

Das mit immerhin 7 Millionen Euro jährlich ausgestattete Programm wird mithelfen, auch weiterhin eine flächendeckende Arztversorgung und damit eine hohe Lebensqualität in unserem Landkreis zu gewährleisten.

Zu einer hohen Lebensqualität gehört jedoch auch ein sicheres Wohnumfeld. Die CDU-Fraktion setzt sich deshalb dafür ein, dass nach Rechtskraft der Planfeststellung

unverzüglich mit den Sanierungsarbeiten am Rhein-Hochwasser-Damm zwischen Steinmauern bis Au am Rhein begonnen wird. In gleicher Weise ist es notwendig, den Hochwasserdamm am Rhein im Bereich der Stadt Rastatt und des Stadtteils Plittersdorf in zu optimieren. Wir bitten den Landkreis und Sie, Herrn Landrat, nach wie vor mit ihrer Fachverwaltung, die Bemühungen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes voranzutreiben. In diesem Jahr soll endlich die Planfeststellung für die Poldermaßnahme „Rappenwörth-Bellenkopf“ eingeleitet werden. Mit dieser Maßnahme zeigt sich auch unsere Region wiederum solidarisch mit den Unterliegern und erwartet aber auch im Gegenzug von den Oberliegern im Raum Breisach, dass endlich, die zum Teil kleinkarierten Widerstände gegen die dortigen Poldermaßnahmen enden.

Die CDU-Fraktion hat hierzu ja bereits schon den Dialog mit den Oberliegern gesucht. Wir bitten Sie, Herr Landrat, den Dialog mit den Oberliegern fortzuführen und in einer gemeinsamen Veranstaltung die notwendige Solidarität einzufordern.

Eine gute Arbeit macht nach wir vor unser Eigenbetrieb Abfallwirtschaft. Durch die Neuausschreibungen im letzten Jahr konnten sowohl ökonomische als auch ökologische Verbesserungen erreicht werden. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass wir einen modernen Abfallwirtschaftsbetrieb haben, der seine Leistungen wirtschaftlich erbringt und damit für die Gebührenzahler auch in den künftigen Jahren eine Gebührenstabilität gewährleisten kann.

Wir freuen uns auch über den Start der von uns unterstützten Energieagentur Mittelbaden. Die von Geschäftsführer Krien angeregten Initiativen begrüßen und unterstützen wir. In den erfolgreichen Fifty-Fifty-Projekten an unseren Schulen haben wir es geschafft, die heranwachsenden Generationen für den Klimaschutz zu gewinnen. Diese Erfahrungen haben gezeigt, dass die Schülerinnen und Schüler ihren in der Schule praktizierten Umgang mit der Energie auch in den privaten Bereich hineinbringen.

Wir beantragen deshalb, dass die Energieagentur sich diesen Umstand zu Nutze macht und ein landkreisweiteres Projekt zum „Stand-by-Verbrauch“ von Elektrogeräten initiiert. Nach dem Förderprogramm „Klimaschutz-Plus“ gibt es hierzu entsprechende Zuwendungen. Hier bauen wir auf unsere Schülerinnen und Schüler und somit auf unsere Jugend, die den ressourcenschonenden Umgang mit Energie in den Privatbereich und damit an weitere Generationen herantragen wird.

Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist für einen Arbeits- und Wohnstandort wie den Landkreis Rastatt unverzichtbar. Dass der Zustand bei Straßen aller Klassifizierungen derzeit nicht zum Besten bestellt ist, können wir täglich bei unserer Fahrt durch den Landkreis feststellen. Wir sind bereit, notwendige Mehrausgaben in einer Sitzung des

Ausschusses für Umwelt, Bau und Planung mitzutragen, um den Zustand schnellstens zu verbessern. Die bisher durchgeführten Kreisbereisungen haben den Kreisräten ein gutes Bild über den Zustand unserer Straßen vermittelt. Angesichts der zunehmenden Probleme halten wir es jedoch für erforderlich, die Bestands- und Zustandsdaten professionell zu erfassen. Der Landkreis Karlsruhe hat sich hierzu, wie ich gehört habe, der Firma GSA (Gesellschaft für Straßenanalyse) bedient.

Wir regen an, dass sich auch unser Landkreis mit dieser Thematik befasst.

Ein wichtiges und zukunftsweisendes Thema wird in diesem Jahr der ÖPNV sein. Im Sinne eines leistungsfähigen und bezahlbaren ÖPNV's muss die Evaluierung unseres Angebotes auch fortgesetzt werden. Bevor wir in die nächste „Sparrunde“ eintreten, halten wir es für notwendig, einheitliche Standards für den ÖPNV in unserem Landkreis zu formulieren. Bei der Schülerbeförderung haben wir im vergangenen Jahr eine nachvollziehbare und richtige Änderung vollzogen, die uns entlastet hat. Wir freuen uns, dass das Land ab 2012 die Mittel für die Schülerbeförderung nun jährlich um 20 Millionen Euro erhöht. Auch im Hinblick auf die Einführung der Werkrealschule soll nach gemeinsamer Überprüfung mit den kommunalen Spitzenverbänden eine weitere Erhöhung der Landesförderung kommen. Insofern gehen wir davon aus, dass das Land hier seinen Verpflichtungen nach dem Konnexitätsprinzip nachkommt.

Ich weiß natürlich nicht, was meine Kollegen in ihren Stellungnahmen alles geschrieben haben. Aber ich gehe davon aus, dass auch die eine oder andere Forderung an das Land enthalten sein wird. Keine Frage – wir wünschen uns dies alle. Aber auch hier wieder ein Wink an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Wenn man im Landtag als einzige Partei eine Klage gegen den Länderfinanzausgleich ablehnt, die uns 2 Mrd. EUR pro Jahr kostet, sollte man an dieser Stelle auch vorsichtig sein mit immer neuen Forderungen an das Land.

Ein wichtiger Komplex ist die Fahrzeugbeschaffung (Ersatzfahrzeuge und Neufahrzeuge) auf unseren Stadtbahnlinien.

Hinzu kommt, dass Ende diesen Jahres der Vertrag mit dem Land auf der Murgtalbahn und Ende nächsten Jahres auch auf der Stadtbahnverlängerung bis Achern ausläuft. Hier ist die Verwaltung aufgefordert, diese schwierige Materie frühzeitig aufzuarbeiten und die Politik rechtzeitig einzubinden. Man muss immer wieder betonen, dass 10 Stadtbahnwägen so viel kosten wie unser neues Landratsamt. Diese Dimension macht deutlich, dass wir intensiv an dieser Sache arbeiten müssen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf die Finanzplanung eingehen. Wenn man die so rasch gestiegene Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden im Jahr 2010 be-

trachtet, so sieht der Blick in die Zukunft unseres Landkreishaushaltes doch wieder deutlich besser aus. Aus der bereits feststehenden Steuerkraftsumme errechnet sich bei gleichbleibendem Hebesatz für das Jahr 2012 eine Kreisumlage von 74,7 Millionen Euro – immerhin die zweithöchste in der Geschichte unseres Landkreises. Außerdem will die Bundesregierung den Kommunen die Kosten für die Grundsicherung im Alter ersetzen. Dies würde nach dem derzeitigen Modell in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2014 eine Entlastung von nahezu 13 Millionen Euro bedeuten. Insofern besteht die berechtigte Hoffnung, dass die Finanzplanung deutlich günstiger verlaufen wird, wie geplant.

Wie bereits eingangs erwähnt, können wir die haushaltswirtschaftlichen Ziele dieses Haushaltes in vollem Umfang mittragen, weshalb es uns auch leicht fällt, den vorliegenden Haushaltsentwurf 2011 mitzutragen. Wir sehen in diesem Planwerk nicht nur eine gute und faire Partnerschaft mit den Städten und Gemeinden, sondern auch den Willen, die Generationengerechtigkeit durch eine Rückführung der Verschuldung zu erfüllen.

Ein besonderer Dank der CDU-Fraktion geht an Sie, sehr geehrter Herr Landrat Bäuerle, sowie an unseren neuen Kreiskämmerer Herrn Jung. Die intensiven und guten Beratungen haben gezeigt, dass wo ein Wille ist, auch ein Weg sein wird. Ebenso gilt unser Dankeschön allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Erstellung dieses Werkes in irgendeiner Weise mitgearbeitet haben.

Einschließen in diesen Dank möchte ich Herrn Jürgen Jung vom Klinikum Mittelbaden und Herrn Gerhard Kohler vom Abfallwirtschaftsbetrieb mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Die CDU-Fraktion stimmt der Festsetzung der Kreisumlage auf 31 Punkte, der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan sowie dem Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft zu.